

Union in Deutschland

Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands

Nr. 46/68

Bonn
20. November 1968
22. Jahrgang
Z 8398 C

Thema der Woche

Gerhard Schröder — der richtige Mann

Die Entscheidung über den Kandidaten der Union für das Amt des Bundespräsidenten ist gefallen. Bundesminister Dr. Gerhard Schröder ist der Kandidat der Union. Er ist mit dem Schicksal der Bundesrepublik aufs engste verbunden. Sein Pflichtgefühl, seine Staatsauffassung machen ihn zum richtigen Mann für dieses hohe Amt.

Schröder ist seit über 15 Jahren Minister der Bundesrepublik Deutschland. Er hat unserem Lande als Innenminister, als Außenminister und als Verteidigungsminister gedient.

Der Bundespräsident ist nach unserer Verfassung der Inhaber eines Amtes, das sowohl das ganze Volk wie das ganze Deutschland repräsentiert. Er ist ein Integrationsfaktor und ein Stabilisator für Staat und Volk, der auch in schwierigen Zeiten anerkannte Autorität ausstrahlen hat. Er ist zwar keine „Autoritätsreserve“, wie es kürzlich ein Blatt zur Wahl Schröders schrieb, aber er muß für alle sichtbar derjenige sein, dessen Amtsführung man vertraut.

Das Amt des Bundespräsidenten gehört in die Hand eines Mannes, der sich mit unserem Staatswesen identifizieren kann. Schröder ist seit 1949 Mitglied des Bundestages; seit 1953 dient er ununterbrochen diesem unserem Staat an hoher Stelle als Minister. Er weiß, daß die Politik Adenauers und Erhards unser Land wieder glaubwürdig gemacht hat, und er ist an dieser Politik aus vollem Herzen beteiligt gewesen.

Die Grundlage für die aktive Friedenspolitik der Regierung Kiesingers ist sein Werk; die Friedensnote des Kabinetts Erhard trägt seine Handschrift. Im Ausland ist er als Verfechter dieser Friedenspolitik weit bekannt, seine Treue zur demokratischen Verfassung unseres Landes ist unbestritten.

Die Wahlmänner der Bundesversammlung, deren Einberufungstermin noch nicht feststeht, werden diese Eigenschaften in die Waagschale werfen müssen, wenn sie sich für einen der Kandidaten entscheiden. Die Bewährung für unseren Staat, die Schröder mustergültig repräsentiert, wird dabei den Ausschlag geben müssen. Die Partei, deren Stimmen aufgrund des Stimmverhältnisses wesentlich zur Entscheidung beitragen, wird ihr freitliches Engagement dabei beweisen können.

Nach seiner Nominierung hat Schröder in verschiedenen Interviews dazu Stellung genommen, wie er das Amt des Bundespräsidenten sieht. Dabei sagte er: „Für mich als ein Politiker sind die politischen Ämter jeweils danach zu bewerten, wie man durch das Vertrauen seiner Freunde mit der Wahrnehmung einer Aufgabe betraut wird. Und ich glaube, daß alle Politiker in allen politischen Ämtern eine Aufgabe zu betreuen und zu führen haben, das ist nämlich die, das Wohl ihres Landes und Volkes, und zwar ihres ganzen Volkes, wahrzunehmen.“

Auf die Frage: „Ist es denkbar, daß das Amt des Bundespräsidenten, sowie es ausgestaltet ist, auch ein Amt in unserer Zeit sein kann, oder wird man das eine oder andere ändern müssen,“ gab Schröder folgende Antwort: „Ich fühle mich nicht berufen, das heute zu erörtern. Aber Sie haben ganz recht, daß das Grundgesetz, dessen 20. Jahrestag wir im nächsten Jahr begehen werden, natürlich einmal retrospektiv geschaffen worden ist, aber natürlich auch mit einem Blick in die Zukunft geschaffen worden ist. Und man kann im Augenblick nichts anderes sagen als dies, daß das Grundgesetz die Basis für die Wahrnehmung der politischen Ämter in unserem Lande bildet und abgibt.“

Wir sind in der Tat heute in unserem Gesamttempfinden, oder sagen wir mal die ganze Bevölkerung ist in ihrem Empfinden sehr viel plebiszitärer eingestellt, als das die Väter des Grundgesetzes vielleicht waren.

Ich möchte meinen, daß der Bundespräsident nach der Auffassung, nach dem Willen der Verfassung für alle da ist, und daß seine Amtsführung dieser Aufgabenstellung entsprechen muß.“

Warnung für Moskau

Die diesjährige Ministerratstagung des Nordatlantikpaktes stand ganz unter dem Zeichen der Invasion von Truppen des Warschauer Paktes in die Tschechoslowakei. Die NATO ist bereit, aus der veränderten militärischen Lage die notwendigen Schlüsse zu ziehen und alles für eine Verstärkung der Verteidigungsbereitschaft des Westens zu tun. Selbstverständlich müssen dabei alle Partner ihren entsprechenden Beitrag leisten.

Die Bundesregierung hat wiederholt betont — und sie hat dabei die volle Unterstützung der CDU/CSU gefunden —, daß auch sie erhöhte Verteidigungsanstrengungen unternehmen will, wenn das Bündnis dies für erforderlich hält.

Die klare Sprache hinsichtlich der sowjetischen Bedrohung gegenüber Europa ist sehr zu begrüßen. In Moskau kann nach dem Ergebnis dieser Ministerratstagung von Brüssel kein Zweifel daran bestehen, daß die westliche Verteidigungsallianz entschlossen ist, die Freiheit und

Sicherheit ihrer Mitgliedstaaten gegenüber allen Versuchen des Ostens zu schützen und zu verteidigen. Das gilt auch für Berlin. In dem Kom-muniqué wird der Osten ausdrücklich vor jedem Übergriff gegen Berlin gewarnt und es wird unterstrichen, daß die NATO alles daran setzen wird, die Lebensfähigkeit der Stadt zu erhalten. Die Machthaber im anderen Teil Deutschlands sollten diese Entschlossenheit nicht unterschätzen, wenn sie jemals wieder daran denken sollten, den freien Zugang nach und von Berlin zu behindern.

Die Deutlichkeit, mit der das Kom-muniqué der Ministerratstagung auf die Vorgänge in der CSSR reagiert hat und die Eindeutigkeit, mit der die Sowjetunion und ihre Satelliten vor weiteren Übergriffen gewarnt werden, sind ein unübersehbares Signal. Das Bündnis hat wiederum bewiesen, daß es nicht nur in Fragen der Verteidigung, sondern auch in Fragen der allgemeinen Politik aktionsfähig und schlagkräftig ist.

HEUTE

Seite

Die Eigentumpolitik der kommenden Jahre	3
NATO bekräftigt Berlin-Garantie	5
Junge Union fordert klare Politik	6
Ob braun, ob rot ...	8

Zum Volkstrauertag am 17. November 1968 sprach Bundesverteidigungsminister Dr. Schröder folgende Totenehrung: Wir gedenken heute der Soldaten, die in den beiden Weltkriegen gefallen, ihren Verwundungen erlegen oder in Kriegsgefangenschaft gestorben sind, der Männer, Frauen und Kinder, die in der Heimat ihr Leben lassen mußten. Wir gedenken ebenso all derer, die unter der Gewaltherrschaft Opfer ihrer Überzeugung oder ihres Glaubens wurden oder die getötet wurden, nur weil sie einem anderen Volk oder einer anderen Rasse angehörten. Wir gedenken der Männer, Frauen und Kinder, die in der Folge des Krieges und wegen der Teilung Deutschlands umgekommen sind. Wir nehmen Anteil an dem Schmerz der Hinterbliebenen um die Gefallenen und Toten aller Völker, die unter den beiden Weltkriegen leiden mußten oder die unter kriegerischen Auseinandersetzungen bis in diese Tage leiden müssen. Wir trauern, doch wir leben in der Hoffnung auf Versöhnung der Völker und Frieden in der Welt.



**DIE
WOCHE
IM
BUNDES
TAG**

Der Bundestag wird in der nächsten Woche aktuelle Fragen der **Verteidigungspolitik** debattieren. Die Bundesregierung wird am kommenden Mittwoch einen Bericht über den Ablauf und das Ergebnis der **NATO-Ministerrats-tagung** in Brüssel geben, über den das Plenum des Bundestages dann anschließend debattieren wird.

In der nächsten Woche hat der Bundestag im übrigen ein volles Programm. Die Beratungen beginnen **am Montag, dem 25. November**, mit einer Sitzung des Fraktionsvorstandes der CDU/CSU. Hauptthema dürfte dabei der Stand der Diskussionen um die **Finanzverfassungsreform** sein und die Stellungnahme, die der Bundesrat zu diesem Problem abgegeben hat. Außerdem dürfte sich der Fraktionsvorstand auch mit den **Forderungen des Beamtenbundes und der Gewerkschaften** auf eine einheitliche Zahlung eines Weihnachtsgeldes von 40 % eines Monatsgehalts für alle Bundesbeamten befassen. Die gleichen Themen werden auch auf der Sitzung der Gesamtfraktion am **26. November** zur Diskussion stehen.

Für die Plenarsitzungen **am Mittwoch, dem 27. November**, und **am Freitag, dem 29. November**, ist die Tagesordnung noch nicht festgelegt. Darüber wird der Ältestenrat in seiner Sitzung **am Montag, dem 25. November**, erst beraten. Sicher ist jedoch schon jetzt, daß in der nächsten Woche die dritte Lesung der **steuerpolitischen Vorlagen** erfolgen wird, die im Zusammenhang mit dem **Verkehrsprogramm der Bundesregierung** bereits in der vergangenen Woche in zweiter Lesung behandelt worden sind. Hierbei geht es vor allem um die Einführung einer **Straßenbenutzungsgebühr für Lastkraftwagen**.

In der vergangenen Woche hat der Bundestag in erster Lesung einen Antrag der FDP auf Herabsetzung des **Wahlalters auf 18 Jahre** und die damit zusammenhängenden rechtlichen Probleme beraten. Der Vertreter der CDU-CSU-Bundestagsfraktion, Picard, hat sich dabei grundsätzlich für einen solchen Schritt ausgesprochen. Das Plenum des Bundestages war sich in der Absicht, das Wahlalter herabzusetzen, einig. Man zweifelt in parlamentarischen Kreisen jedoch daran, daß die Einführung des Wahlalters von 18 Jahren schon für die kommende Bundestagswahl möglich sein wird, da dem insbesondere rechtliche Widerstände entgegenstehen.

Bekanntlich haben in einigen Wahlkreisen bereits die Kandidatenaufstellungen begonnen, womit praktisch die Wahlhandlung eröffnet ist. Dieses Thema wird aber in nächster Zeit nicht mehr vom Tisch kommen. Das Parlament wird eine Lösung in dieser Frage finden.

Bundestag

Ziele der politischen Bildungsarbeit

Am Freitag, dem 15. November, hat der Bundestag die Antwort der Bundesregierung auf die Großen Anfragen der Fraktion der FDP, der Fraktionen der CDU/CSU und der SPD über die politische Bildungsarbeit diskutiert. Dabei wurde von allen Sprechern die Bedeutung dieses Themas für die Entwicklung unserer demokratischen Ordnung hervorgehoben.

Die Sprecher der Fraktionen stimmten aber auch den Ausführungen des Bundesministers Benda zu, der hervorhob, daß politische Bildung keinesfalls Ersatz für Politik sein dürfte und könne.

In der Antwort vom 23. September 1968 auf die Anfragen nahm der Bundesinnenminister zunächst grundsätzlich zu diesem Problem Stellung. Er behandelte dabei vorweg die Ursachen des Unbehagens an Politik und Staat, um dann die Ziele der politischen Bildungsarbeit sowie die Elemente der künftigen politischen Bildungsarbeit herauszustellen. Es lohnt sich, diese Ausführungen zu überdenken. Sie wurden auch im Plenum des Bundestages als grundlegend und konstruktiv anerkannt.

Trotz der vielfachen Bemühungen in der Vergangenheit, bei den Bürgern, insbesondere bei der heranwachsenden Jugend, ein politisches Eigenbewußtsein zu entwickeln und sie zum politischen Urteilen und Handeln zu befähigen, stellt sich heute unter dem lebendigen Eindruck der Geschehnisse unserer Tage und im Angesicht der sich abzeichnenden Umriss der Welt von morgen und ihrer Sorgen die Frage, ob die bisher geleistete und geplante Bildungsarbeit in Inhalt, Methode und Betätigungsfeld ausreicht.

Über die Ursachen des Unbehagens an Politik und Staat werden

zutreffende Analysen gebracht. Vor allem wird darauf hingewiesen, daß eine Vielzahl von Gründen erst das betreffende Gesamtbild ergibt. Die Ursachen liegen ebenso in den noch nicht überwundenen Kriegsfolgen wie in der Entwicklung auf wirtschaftlichem, technischem und wissenschaftlichem Gebiet nach dem Zweiten Weltkrieg. Unruhe, Ungeduld oder Resignation sind aber nicht nur ein deutsches, sondern ein weltweites Problem.

Als Ziele politischer Bildungsarbeit gelten nach den dortigen Darlegungen:

- möglichst objektive Informationen über Faktoren und Funktionszusammenhänge politischer Prozesse zu geben;
- das politische Problembewußtsein, die politische Urteilsfähigkeit und Urteilsbereitschaft auszubilden;
- die Erkenntnis des eigenen Standorts im Rahmen der Gesamtgesellschaft zu fördern;
- zur Bejahung der Grundwerte der freiheitlichen Demokratie zu führen;
- die Fähigkeit zu politischem Handeln zu entwickeln;
- das Wesen demokratischer Spielregeln bewußt zu machen und demokratische Verfahrensweisen einzuüben.

In der Debatte des Bundestages bestand kein Dissens über diese Ziele. Kontrovers, wenn auch nur in Detailfragen, wurde es aber doch bei der Behandlung der Elemente der künftigen politischen Bildungsarbeit.

Die Antwort auf die Großen Anfragen macht deutlich, daß in der Vergangenheit die Auseinandersetzung mit Nationalsozialismus und Kommunismus im Vordergrund der politischen Bildungsarbeit gestanden hat. Für die zukünftige Arbeit sollten aber die in Gegenwart und Zukunft gestellten Aufgaben nicht übersehen werden, ohne die Diskussion über die Wurzeln und verschiedenen Erscheinungsformen des Totalitarismus zu vernachlässigen.

Die bisher häufig geübte harmonisierende und verklärende Darstellung der Demokratie müsse einer realistischen Aussage Platz machen. Demokratie könne nicht als eine Ordnung angesehen werden, die ein konfliktloses Zusammenleben ermöglicht; sie schütze aber den Freiheitsraum des einzelnen am besten und erlaube zugleich, daß die natürlichen Interessengegensätze der Bürger und der Gruppen in menschenwürdiger Form ausgetragen würden. Dabei sei eine Demokratie ohne Selbstachtung nicht möglich; diese Achtung schließe auch die Begriffe Nation und Vaterland ein.

Die Beschränkung der politischen Bildung auf die intellektuelle Seite der Persönlichkeit bedeute eine ebenso große Gefahr wie das einseitige Engagement der Gefühle.

Die politische Bildung müßte in Zukunft noch mehr in die Breite gehen, aber auch eine laufende Fortbildung der Personen umfassen, die selbst politische Bildung betreiben. Dies gelte auch vom öffentlichen Dienst insgesamt.

Es war bedauerlich, daß so wenig Abgeordnete im Plenum anwesend waren. Immerhin ergriffen 13 von ihnen das Wort und setzten sich mit diesen Problemen auseinander. So gesehen ist die drei Stunden dauernde Debatte ein Wiederbeginnen und Neubeginnen auf ein Thema, das in einer Demokratie immer auf der Tagesordnung ist.

Sozialpolitik

Anpassung rechtzeitig fördern

Fortschreitende Technisierung und Automation, die in einer dynamischen Volkswirtschaft bedingten Strukturveränderungen verlangen höhere Anforderungen, berufliches Anpassungsvermögen und eine ständig wachsende Mobilität vom heutigen Arbeitnehmer. Das A und O unseres Arbeitslebens sind Bereitschaft und Fähigkeit zum Lernenwollen, zur Fortbildung, zur Beweglichkeit.

Der ältere Arbeiter und Angestellte ist durch die veränderten Berufs- und Arbeitsbedingungen in verstärkter Maße Schwierigkeiten und Unsicherheiten ausgesetzt. Seine Arbeitskraft, seine Erfahrungen und Kenntnisse müssen jedoch der Wirtschaft und Industrie erhalten bleiben.

Es ist die Aufgabe all derer, die in unserer Arbeitswelt Verantwort-

tung tragen, dafür zu sorgen, daß dem älteren Arbeitnehmer ein angemessener Arbeitsplatz gesichert bleibt, daß seine berufliche Anpassung rechtzeitig gefördert und erleichtert und soziale Härten vermieden werden.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat einen kleineren Arbeitskreis unter Federführung von MdB Christa Schroeder-Detmold beauftragt, die jetzt vorliegende Große Anfrage über die Beschäftigung älterer Arbeitnehmer vorzubereiten. Die Bundesregierung wird darin um Feststellung ersucht, in welchem Umfang ältere Arbeitnehmer von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Die unterschiedlichen Verhältnisse bei Männern und Frauen, in den verschiedenen Berufsgruppen und in einzelnen Wirtschaftsräumen werden dabei zu berücksichtigen sein.

Weiter wird nach den Erkenntnissen über die Ursachen der Arbeitslosigkeit älterer Arbeitnehmer gefragt. Allgemeine Probleme, Fragen der beruflichen Förderungen, Fortbildung und Umschulung, der Arbeitsplatzgestaltung und des Kündigungsschutzes sowie tarifvertraglicher Sicherungen, Schwierigkeiten der Beschäftigung und ähnliches werden zu behandeln sein. Die Bundesregierung wird gebeten, über bisher getroffene Maßnahmen zu berichten und ihre Vorstellungen über geeignete Lösungsmöglichkeiten aufzuzeigen.

Nach Ansicht der Fragesteller muß das Schwergewicht bei vorsorgenden Maßnahmen liegen, die dem älteren Arbeitnehmer die berufliche Leistungsfähigkeit sichern und ein Absinken seines Einkommens ausschließen. Die Antwort der Bundesregierung wird wesentlich für die Beratungen des Arbeitsförderungsgesetzes sein, das eine Aktivierung der Beschäftigungspolitik gerade zugunsten der älteren Arbeitnehmer einschließen soll. Sie dürfte auch von Bedeutung für die Sozialpartner, die Verbände der Wirtschaft, für die Arbeitsverwaltung und für jeden einzelnen Betrieb sein.

Vermögensbildung

Die Eigentumspolitik der kommenden Jahre

Auf dem Bundesparteitag der CDU in Berlin ist ein für die künftige Gesellschaftspolitik wesentlicher und tiefgreifender Entschluß nahezu einstimmig gefaßt worden. In der Ziffer 95 des Aktionsprogramms heißt es: „Das Sparen der Arbeitnehmer, insbesondere ihre Beteiligung am Produktivkapital, ist durch einen gesetzlichen Beteiligungslohn zu fördern.“

Damit hat der von der Präsidial-Kommission der CDU ausgearbeitete Vorschlag programmatisches Gewicht für die Einkommenspolitik der kommenden Jahre gewonnen. Den Kritikern, insbesondere denjenigen, die das Zwangspensum in den Vordergrund gestellt haben, ist eine klare Absage erteilt worden.

Die CDU bekennt sich zu dem wichtigen gesellschaftspolitischen Ziel der Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivkapital der Wirtschaft und ist bereit, wirksame Mittel, wozu in erster Linie der gesetzliche Beteiligungslohn gehört, dazu anzuwenden.

Auf parlamentarischer Ebene sollten möglichst bald die Vorbereitungen getroffen werden, um den bereits detailliert vorliegenden Vorschlag zu verwirklichen. Es müßte ein Gesetz vorbereitet werden, nach dem im Jahre 1969 0,5 Prozent, im Jahre 1970 ein Prozent und ab 1971 1,5 Prozent Beteiligungslohn festgelegt wird, zusätzlich zu Leistungen nach Tarifverträgen, Besoldungsordnung etc.

Die Anlage dieser Mittel soll grundsätzlich der freien Entscheidung des Arbeitnehmers überlassen bleiben, sofern er bereit ist, für die Anlage Formen des Beteiligungs-

als auch weiter vermögenswirksam angelegt werden können. Hinsichtlich der Form der Anlage des Beteiligungslohnes soll der Arbeitnehmer die Möglichkeit der vollen Umwandlung von einer Anlagenart in eine andere erhalten — unter der Voraussetzung, daß es sich dabei weiterhin um das Beteiligungssparen handelt.

Der Beteiligungslohn soll lohn- und einkommensteuerfrei bleiben. Bei der hier vorgeschlagenen Regelung blieben die Steuerausfälle relativ gering (rund 200 Millionen DM pro 0,3 Prozent Beteiligungslohn). Diesem Ausfall ständen jedoch zusätzliche Kapitalmarktmittel in Höhe von rund je 1,2 Milliarden DM pro 0,5 Prozent Beteiligungslohn — also 3,6 Milliarden DM bei 1,5 Prozent — im Jahr gegenüber.

Abschließend ist zu betonen, daß die Initiative und die Anstrengungen der Tarifpartner, Arbeitnehmerverbände und Gewerkschaften, durch diesen gesetzlichen Beteiligungslohn nicht geschmälert werden, da sie im Rahmen des 312-DM-Gesetzes zusätzlich vermögenswirksame Leistungen vereinbaren können. Der gesetzliche Beteiligungslohn ist kein Ersatz, sondern nur Impuls zur Realisierung des großen gesellschaftspolitischen Ziel: Die deutlich spürbare Verbesserung der Vermögensstruktur, nämlich die Beteiligung der breiten Schichten am Produktivkapital der Wirtschaft wirksam einzuleiten.

Prof. Dr. Burgbacher, MdB

Die Festlegungsfrist für den jeweils vermögenswirksam angelegten Beteiligungslohn eines Jahres soll sieben Jahre betragen. Im achten Jahr würde dann der Sparbetrag des ersten Jahres frei, im neunten Jahr der Sparbetrag des zweiten, so daß der Beteiligungslohn immer sieben Jahre festliegen würde. Eine vorzeitige Freigabe der festgelegten Mittel könnte bei Heirat, Erwerbsunfähigkeit, Eintritt ins Rentenalter und Tod erwogen werden.

Der jeweilige Ertrag des angelegten Beteiligungslohnes soll frei verfügbar für den Arbeitnehmer sein, das heißt, sowohl abgehoben

Verkehrspolitik

Die Weichen werden nach 1969 gestellt

Die verkehrspolitischen Vorlagen der Koalition, die der Bundestag in der kommenden Woche verabschieden wird, zeigen eine gewisse Richtung an, die die Verkehrspolitik nehmen soll.

Mit der Verabschiedung des Kernstücks der Bundesbahngesetznovelle, die die CDU/CSU-Bundestagsfraktion eingebracht hat, kommt es erstmalig zu der nötigen Klarstellung der Verantwortlichkeiten zwischen Bund und Bundesbahn. Nach den Vorstellungen der CDU/CSU, denen sich nunmehr auch SPD und FDP angeschlossen haben, soll die Bundesbahn in Zukunft ausschließlich nach eigenwirtschaftlichen Gesichtspunkten geführt werden.

Wo der Bund als Sachwalter der öffentlichen Interessen von der Bundesbahn Leistungen verlangt, die im Widerspruch zur Eigenwirtschaftlichkeit stehen, soll die Bahn einen Ausgleichsanspruch an den Bundeshaushalt erhalten. Zusammen mit den organisatorischen Maßnahmen, die die Bundesbahn im Rahmen eigener Zuständigkeiten durchführen soll, und mit einem längerfristigen Investitionsprogramm erfolgt nunmehr eine Weichenstellung für den Kurs, der in einem überschaubaren Zeitraum zu einer Sanierung der Bundesbahn führen wird.

Bei der Verabschiedung des im Leber-Plan vorgesehenen Beförderungssteuergesetzes kann niemandem recht wohl sein. Das System der Beförderungssteuer ist sowohl in steuersystematischer als auch in

ökonomischer Sicht alles andere als ideal. Die im System begründete Unterscheidung von Nah- und Fernverkehr bei der Steuerbelastung schafft zwangsläufig Ungleichgewichte, die nur durch eine Fülle von Ausnahmen mühsam neutralisiert werden können.

Eine alte Erfahrung bestätigt sich hier aufs neue, daß Ausnahmeregelungen immer neue Grenzfälle von Diskriminierungen und Ungerechtigkeiten heraufbeschwören. Durch die Bemühungen der CDU/CSU sind die gravierendsten Verzerrungen, vor allem zugunsten der Landwirtschaft und der wirtschaftlich schwachen Gebiete, aus dem Wege geräumt. Trotzdem kann man durchaus nicht von einer allgemeinen Zufriedenheit mit den bisherigen Ergebnissen sprechen.

Ein Lichtblick in dieser unerfreulichen Atmosphäre ist, daß die Koalitionsfraktionen sich auf eine zeitliche Begrenzung des Beförderungssteuergesetzes auf äußerstenfalls zwei Jahre verständigt und gleichzeitig die Grundgesetzänderung beantragt haben, die eine Ablösung des Beförderungssteuersystems ermöglicht. Die CDU/CSU sieht in dieser Entscheidung im Grunde die einzige Rechtfertigung, die Beförderungssteuer für einen Übergangszeitraum zu akzeptieren.

Aus allem ergibt sich, daß die in dieser Legislaturperiode zu treffenden Entscheidungen auf dem Gebiete der Verkehrspolitik nur Notbehelfe und Übergangsmaßnahmen sein können.

PERSONALIEN

Bernhard Tacke, stellvertretender Vorsitzender im DGB, ist von der Arbeitsgemeinschaft Christdemokratischer Arbeitnehmer im DGB-Bezirk Hessen als Nachfolger von Ludwig Rosenberg im Vorsitz des DGB ins Gespräch gebracht worden. Nach Ansicht dieser Gewerkschaftler sei Tacke die geeignetste Persönlichkeit für das freiwerdende Amt.

*

Waither Leisler Kiep, MdB, hat Gerüchte dementiert, nach denen ihm das Amt des deutschen Botschafters in den Vereinigten Staaten angeboten worden sei, und er vor habe, diesem Ruf zu folgen. Kiep ist entschlossen, weiter seinen Wahlkreis im Deutschen Bundestag zu vertreten.

*

Heinrich Lummer, Geschäftsführer der CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin, wurde in Mannheim zum Vorstandsmitglied des Deutschen Politologen-Verbandes gewählt.

*

Der Vorsitzende des CDU-Landespräsidiums von Nordrhein-Westfalen, **Staatsminister a. D. Josef Hermann Dufhues**, wird zur Aushellung eines inneren Leidens voraussichtlich zwei bis drei Wochen im Krankenhaus von Rheinhausen verbleiben müssen.

*

Der CDU-Bundestagsabgeordnete **Dr. Gerhard Jungmann** wurde einstimmig wieder zum Vorsitzenden des Verbandes der Ärzte Deutschlands (Hartmannbund) gewählt. Er hatte dieses Amt bereits von 1963 bis 1966 inne und war seit September dieses Jahres amtierender Vorsitzender des Verbandes.

*

Die Delegiertenversammlung der CDU-Frauenvereinigung Westfalen-Lippe bestatigte am 16. November in Münster **Frau Maria Jacobi**, MdB, in ihrem Amt als Landesvorsitzende. Zu ihren Stellvertreterinnen wurden gewählt **Christa Schroeder**, MdB, und **Gertraud Hagemann**.

*

Die Hamburger CDU hat jetzt die Position eines Vorstandssprechers eingerichtet, um eine noch größere Flexibilität ihrer Informationspolitik zu erreichen. Sprecher wurde nach einem einstimmigen Beschluß des Landesvorstandes der Bürgerschaftsabgeordnete **Gert Boysen**, der schon seit mehreren Jahren die Pressestelle der Partei leitet.

*

Anstelle des aus Gesundheitsgründen zurückgetretenen Dr. Wiegand **Hennicke** bestellte die CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus den Abgeordneten **Klaus Franke** in den Fraktionsvorstand.

*

Edelhard Rock, MdB, betätigte sich als „Tiertransporteur“ bei der Rückreise vom Berliner CDU-Bundesparteitag. Er sorgte dafür, daß ein entlaufener Dackel, der nach Berlin verschlagen worden war, seinen Eigentümern in Schladen im Harz zurückgegeben wurde.

Gerechtfertigt

Die Frage der Kriegsoferversorgung soll im nächsten Bundestagswahlkampf nicht „zum Kochen gebracht“ werden, sagte der Vorsitzende des Sozialpolitischen Arbeitskreises der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Götz. Seine Partei betrachte die Forderung des Verbandes der Kriegsbeschädigten und des Reichsbundes der Kriegs- und Zivilbeschädigten nach einer Anpassung der Versorgungsleistungen an das Wirtschaftswachstum und die Einkommensentwicklung in anderen sozialen Bereichen als sachlich gerechtfertigt, betonte Dr. Götz. Die Frage einer Anpassung könne aber nur im Zusammenhang mit den finanziellen Möglichkeiten des Bundes beantwortet werden.

gungssparens (also Beteiligungen in der Form des Anteilseigentums an der Industrie etc.) zu wählen. Das schließt jedoch das Angebot von „Anlagemodellen“ nicht aus. Zu diesen Modellen könnte auch der Erwerb von Anteilen an den noch zu erläuternden Kapitalbeteiligungsgesellschaften, von Investmentzertifikaten, Wandelschuldverschreibungen sowie Obligationen mit Gewinnbeteiligung gehören.

AKTUELL

Im Blick auf die Vorbereitung der Olympischen Spiele in München wird man sich fragen müssen, welche Konsequenzen sich für die Sportförderung von Bund, Ländern und Gemeinden aus den Lehren von Mexico ergeben. Diese Probleme sind Gegenstand einer Konferenz des Bundesfachausschusses Sport der CDU am 28. November 1968 um 10.00 Uhr in der Politischen Akademie Eichholz, Wesseling, Bez. Köln.

Die Konferenz wird sich mit den bei den Spielen gesammelten Erfahrungen aus der Sicht eines Offiziellen, eines Sportmediziners und eines Aktiven befassen, um zu Ergebnissen für die Sportpolitik der kommenden Jahre zu gelangen.

*

Die Hamburger CDU gibt seit kurzem einige neue Informationsdienste heraus. Der von MdBü Dr. Wilhelm Imhoff redigierte „Union-Wirtschaftsbrief“ soll interessierten Kreisen die Ansichten der CDU zur Wirtschaftspolitik des Landes Hamburg zur Kenntnis bringen und die wirtschaftspolitische Arbeit der CDU in der Bürgerschaft verdeutlichen. Der Abgeordnete Klaus Lattmann hat die Redaktion für „Kommunalspolitische Informationen“ übernommen, die mangelnder Kommunikation zwischen den CDU-Frakturen der Bezirksversammlungen und Ortsausschüssen entgegenwirken sollen.

Konrad-Adenauer-Stiftung

Futurologie — Mittel politischer Entscheidungshilfe

„Die Frage ist müßig, ob es eine Futurologie gibt. Es gibt sie.“ Mit diesem Satz seines Schlußwortes faßte der Tagungsleiter, der geschäftsführende Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung, Dr. Manfred Wörner, MdB, den Eindruck zusammen, den die wissenschaftliche Arbeitstagung der Politischen Akademie Eichholz und des Wissenschaftlichen Instituts der Konrad-Adenauer-Stiftung kürzlich vermittelt hat.

Das Interesse, das das Thema „Futurologie, Prognostik, Planung“ gefunden hat, war breit gestreut. Parlamentarier, Hochschullehrer und Assistenten, Journalisten waren unter den Teilnehmern. Gäste aus Österreich trugen aus ihrer Erfahrung zur Diskussion bei.

Dr.-Ing. Jürgen Bommer vom Zentrum Berlin für Zukunftsforschung gab die Einführung in die Methodik der Futurologie, mit deren Hilfe die Probleme behandelt werden sollen, und in die Vielfalt der Projekte, für die sie Lösungen anbieten soll.

Zukunftsforschung und ihre Instrumentarien seien nicht grundsätzlich neu. Neu aber sei ihr Bemühen und ihre Forderung, integrierend über die Grenzen der verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen hinauszugreifen. Futurologie sei keine Hellseherei, sondern sage Entwicklungstendenzen voraus und weise etwa die Elemente auf, die zu einer Krise führen könnten.

Die Geschichte einer Utopie, die sich in der Realität verfangen hat, gab Privatdozent René Ahlberg, Berlin, in seinem Vortrag über das Zu-

kunftsmodell von Staat und Gesellschaft von Marx bis Mao Tse-tung. Zu dem klassischen Modell der Marx'schen Sozialutopie haben die Fortsetzer nichts entscheidend Neues, sondern nur Fragmente beigetragen: Lenins Beitrag des starken Staates und der gewaltsamen Niederhaltung der Opposition, Stalins Aufbau eines sozialistisch-kommunistischen Staates in der Isolation, Chruschtschows weiterer Funktionswandel des Staates, der von der Diktatur des Proletariats in den Staat des ganzen Volkes umbenannt wird und damit das Absterben des Staates laut marxistischer Utopie in eine noch fernere Zukunft verweist, Maos neuer Ansatz mit romantischen und anarchistischen Zügen, konfliktreicher als die anderen drei Fortsetzer.

Der historische Materialismus, unter dem die Soziologie dreißig Jahre lang in der Sowjetunion ausgeschaltet war, weil ja die Antwort auf alle

Fragen im System gegeben sei, mußte kapitulieren gegenüber der Forderung nach soziologischer Prognose. Heute hat die Soziologie in der Sowjetunion eine rasche Entwicklung genommen als eine Hilfswissenschaft für die große Planung.

Zwei Probleme, die sich heute abzeichnen, stellte Prof. Dr. Manfred Hättich, Mainz, an den Beginn seiner Ausführungen: Das zunehmende Gewicht der langfristigen Planung bei der politischen Entscheidung und den Einfluß der Wissenschaften auf die politische Planung. Beweglichkeit und Elastizität des politischen Lebens seien angesichts des immer schnelleren Tempos der technischen Entwicklung ein wichtiges Postulat. Unter dem Zwang der ständigen Erneuerung der Erkenntnisse verbürge auch die wissenschaftliche Fundierung nicht Dauer.

In seiner Analyse grenzte Hättich die Elemente des Repräsentativen, des Korporativen und des Plebiszitären in der Demokratie ab und zeigte die Übergänge. Die wissenschaftliche Beratung durch den Experten hat im repräsentativen System erhöhte Bedeutung. Der Beitrag der Wissenschaften ist, die Probleme zu finden, die Entscheidung zu formulieren und die Konsequenzen der Entscheidung als Wahrscheinlichkeit (nicht Gewißheiten) auszuweisen. Der langfristigen Planung entspricht am meisten die repräsentative Demokratie, kein Grund also, den plebiszitären Charakter zu verstärken.

Prognosen diskutieren

Ein Zunehmen der korporativen Elemente sei der Zukunft möglich. Durch praktischen Sachverstand sei die Wissenschaft auch auf dem korporativen Weg gut einzubringen. Die Spannung zwischen der gesamtgesellschaftlichen Organisation und dem Korporativen sei ein Element der Zukunft.

Staatssekretär a. D. Professor Hallstein sprach über Prognose und Planung in der Außen- und Verteidigungspolitik. Er stellte das Werden

der Europäischen Gemeinschaften als einen Plan dar, als ein geschlossenes Ganzes kohärenter Maßnahmen, wobei er den Irrtum ausräumte, daß Plan etwa als Planwirtschaft aufzufassen sei. In der Außenpolitik im besonderen schränke die Unkenntnis der Prognostizierung anderer Länder die Planbarkeit ein. Sei im demokratischen System die Transparenz groß, so sei das in den nichtdemokratischen Staaten anders, und die Besetzung der Tschechoslowakei habe dafür ein Beispiel gegeben.

Mit allem Nachdruck verwies Prof. Hallstein darauf, daß gut planen auch beinhalten müsse, gut improvisieren zu können. Der Prognostiker müsse Phantasie haben und guter Instinkt und die Fähigkeit zum emotionalen Entschluß müssen auch für den Handelnden eigentlich Voraussetzung sein. Zauderer seien gleichermaßen schlechte Politiker wie schlechte Wissenschaftler.

Im letzten Referat von Dr. F. Lompe, Köln, wurde gleichsam die Bilanz der ganzen Tagung gezogen. Dr. Lompe kennzeichnete Futurologie als praktische, auf das Handeln bezogene Wissenschaft. Voraussetzung für wissenschaftliche Prognose als Mittel politischer Entscheidungshilfe sei eine konzeptionsbestimmte Politik anstelle einer reaktiven.

Diese Prognose sei keine Prophezie, sondern nur eine bedingte Voraussage. Aber die Voraussage aufgrund vorhandener Fakten hat, an Beispielen dargelegt, erstaunlich exakte Ergebnisse gehabt. Demokratische Institutionen seien ohne Zusammenarbeit mit der Wissenschaft nicht mehr handlungsfähig. Wissenschaftler und Politiker sollten Prognosen zur demokratischen Diskussion stellen.

Fernsehen, Funk, Film

Auf dem Vertriebenen- und Flüchtlingskongreß der CDU/CSU in Wiesbaden hat Josef Stigl, Vorsitzender der „Union der Vertriebenen und Flüchtlinge in der CDU“ jene unmißverständlichen Worte gesprochen, die zur Klärung des angeblich so schlechten Klimas zwischen den Vertriebenen und dem Rundfunk notwendig waren. Stigl hat dabei festgestellt, daß es weder eine Krise zwischen den Vertriebenen oder dem „Bund der Vertriebenen“ und dem Rundfunk gibt, sondern allenfalls ein gespanntes Verhältnis zwischen einzelnen Sprechern des BdV und einzelnen Funkjournalisten. „Dieses schlechte Verhältnis ist nicht allein auf die schweren Fehler mancher Funkmitarbeiter zurückzuführen, die sie in der Vergangenheit in der Behandlung der Vertriebenenfragen gemacht haben. Dieses schlechte Verhältnis ist auch auf das Verhalten jener BdV-Sprecher zurückzuführen, die jedes Gespür im Umgang mit Vertretern der Massenmedien vermissen lassen.“ Dem überwiegenden Teil der Journalisten, die im Hörfunk und im Fernsehen tätig sind, bescheinigte der Vorsitzende, sie hätten immer Verständnis für die besonderen Probleme der Vertriebenen gezeigt und das auch in ihren Sendungen zum Ausdruck gebracht.

Stigl erwähnte in diesem Zusammenhang auch die „Negativliste“, die der „Bund der Vertriebenen“ im Anschluß an das umstrittene Gespräch mit Ver-

tretern der Rundfunkanstalten in Bonn (siehe Union in Deutschland 43/68), bei dem sanfter Druck auf die Meinungsfreiheit auszuüben versucht worden war, an eine Reihe von Ministerpräsidenten der Länder geschickt hat. Er bezeichnete dieses zehnteilige Papier als wenig nützlich, um für die Zukunft zu einem gegenseitigen fruchtbaren Gespräch zu kommen, wie es der bisherige CDU/CSU-Landesverband Oder-Neiße in der Vergangenheit stets mit Erfolg gepflegt hat. „Ständige Negativkritik ist keine Grundlage für eine künftige gute Zusammenarbeit.“

Die „Negativliste“, in der teilweise längst vergessene Sendungen aus den Jahren 1965 bis 1968 erwähnt werden, ist nach Ansicht eines Sprechers der „Union der Vertriebenen und Flüchtlinge in der CDU“ keine ernstzunehmende Diskussionsgrundlage, weil sie sich fast ausschließlich auf kritische Zitate aus dem „Deutschen Ost-Dienst“ des Bundes der Vertriebenen beruft, der sich dabei zugleich zum Ankläger und Richter macht. In den Funkhäusern hat die Tatsache, daß nach der Aussprache in Bonn eine solche Liste an die Länderchefs geschickt wurde, weitere Verstimmung und Enttäuschung ausgelöst. Die „Oder-Neiße-Informationen“ sprachen in diesem Zusammenhang von einem „Scherbenhaufen“, den der Bund der Vertriebenen im Interesse der Aufrechterhaltung des keinesfalls schlechten Verhältnisses von Vertriebenen und Rundfunk schnellsten beseitigen müsse. —dz—

Kommuniqué von Brüssel

NATO bekräftigt Berlin-Garantie

Der Nordatlantikatrat trat am 15./16. November in Brüssel zusammen. Die Tagung war demonstrativ vorverlegt worden, um dem NATO-Ministerrat die Möglichkeit zu geben, die ernste Lage zu erörtern, die als Folge der bewaffneten Intervention in der CSSR entstanden ist. Wir veröffentlichen nachstehend das Kommuniqué der NATO-Tagung in leicht gekürzter Form:

● Die Minister bekräftigten erneut die Unverletzlichkeit des Grundsatzes, auf den sich alle Staaten einschließlich der Sowjetunion bei zahlreichen Anlässen berufen haben, daß alle Nationen unabhängig sind und daß infolgedessen jede Einmischung eines Staates in die Angelegenheiten eines anderen Staates rechtswidrig ist.

Sie stellten fest, daß dieser Grundsatz von den sowjetischen Führern mit Unterstützung von vier ihrer Bundesgenossen vorsätzlich verletzt worden ist. Alle Mitglieder des Bündnisses haben diese Gewaltanwendung, die den Frieden und die internationale Ordnung gefährdet und die Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen verletzt, verurteilt. Wie alle anderen Völker, muß auch das Volk der Tschechoslowakei die Freiheit haben, sein Schicksal ohne Einmischung von außen zu gestalten. Abmachungen, die unter dem Druck von Besatzungsstreitkräften zustande gekommen sind, können die Verletzung dieses grundlegenden Begriffs nicht rechtfertigen.

● Die Auffassung der sowjetischen Führung, es gebe ein Recht, das die Einmischung in die Angelegenheiten anderer Staaten gestatte, sofern diese einer sogenannten „sozialistischen Gemeinschaft“ zugerechnet werden können, widerspricht den Grundprinzipien der Charta der Vereinten Nationen, gefährdet die europäische Sicherheit und muß Anlaß zu ernster Besorgnis geben. Sie läßt eine Gewaltanwendung auch in weiteren Fällen befürchten.

Die Anwendung von Gewalt und die Stationierung von sowjetischen Streitkräften in der Tschechoslowakei, die bisher nicht dort standen, haben zu ernster Ungewißheit über die Lage sowie über die Pläne und Absichten der Sowjetunion geführt.

● Auf Deutschland angewandt, legt die Politik, die die Sowjetunion von ihrer Doktrin einer sogenannten „sozialistischen Gemeinschaft“ ableitet, der Annäherung und schließlich Wiedervereinigung der beiden Teile Deutschlands neue Hindernisse in den Weg. Eine solche Politik würde zudem im Widerspruch zu Wortlaut und Geist der Viermächtevereinbarungen über ganz Deutschland stehen.

In dieser Situation und unter Berücksichtigung der besonderen Verantwortung der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs bekräftigen die Minister erneut die Entschlossenheit des Bündnisses, in seinen Bemühungen fortzufahren, zu einer friedlichen Lösung der Deutschland-Frage auf der Grundlage der freien Entscheidung des deutschen Volkes und des Interesses der europäischen Sicherheit beizutragen. Ihre Regierungen erkennen die „DDR“ nicht an und weisen alle Ansinnen zurück, die die

Verewigung der Teilung Deutschlands gegen den Willen des deutschen Volkes zur Folge haben würden.

Die Minister nehmen auf ihr am 25. Juni 1968 in Reykjavik veröffentlichtes Kommuniqué Bezug und bestätigen die Unterstützung ihrer Regierungen für die erklärte Entschlossenheit der drei Mächte, die Sicherheit Berlins zu gewährleisten und den freien Zugang zu dieser Stadt aufrechtzuerhalten. Sie erinnern an die Berlin-Erklärung des Nordatlantikrates vom 16. Dezember 1958 und an die Verpflichtungen, die jeder Mitgliedstaat hinsichtlich der Sicherheit und des Wohlergehens Berlins eingegangen ist. Sie nehmen mit Befriedigung die wichtigen Maßnahmen zur Kenntnis, die die Bundesrepublik Deutschland in Übereinstimmung mit dem Status von Berlin zur Aufrechterhaltung der Lebensfähigkeit der Stadt getroffen hat. Sie identifizieren sich mit der Auffassung der

drei Mächte hinsichtlich des legitimen Interesses der Bundesregierung am Wohlergehen und der Lebensfähigkeit Berlins und der sich daraus ergebenden Bindung, die auf der Grundlage der geltenden Regelungen zwischen beiden bestehen.

● Die Minister schließen sich dem von den drei Mächten an die Sowjetunion gerichteten Appell an, die Viermächtevereinbarungen über Berlin und die auf Grund dieser Vereinbarungen von den Vereinigten Staaten, Frankreich und Großbritannien getroffenen Entscheidungen zu respektieren.

Die als Ergebnis des kürzlichen sowjetischen Vorgehens entstandene Unsicherheit erstreckt sich auch auf das Mittelmeerbecken. Diese Situation macht es erforderlich, daß sich die Bündnispartner auch weiterhin mit allen verfügbaren Mitteln für Stabilität, für einen gerechten Frieden sowie für Zusammenarbeit und gegenseitiges Verständnis in dieser Region einsetzen. Die Verstärkung der sowjetischen Aktivität im Mittelmeerraum einschließlich der erhöhten Präsenz sowjetischer Seestreitkräfte erfordert Wachsamkeit, um die Sicherheit der Bündnispartner zu gewährleisten.

● Die Mitglieder des Bündnisses fordern die Sowjetunion auf, sich im Interesse des Weltfriedens der Gewaltanwendung und der Einmischung in die Angelegenheiten anderer Staaten zu enthalten. Jede sowjetische Intervention, die die Situation in Europa oder im Mittelmeer mittelbar oder unmittelbar beeinflusst, würde zu einer internationalen Krise mit schwerwiegenden Folgen führen.

Bündnis wird gestärkt

● Die am integrierten Verteidigungsprogramm der NATO teilnehmenden Bündnispartner mußten daher den Stand ihrer Verteidigung erneut überprüfen. Sie sind der Auffassung, daß die durch die jüngsten Ereignisse geschaffene Lage eine gemeinsame Reaktion erfordert. Sie haben vereinbart, Qualität, Schlagkraft und Bereitstellung der NATO sowohl hinsichtlich der Mannschaftsstärke als auch hinsichtlich der Ausrüstung zu verbessern, um eine größere Fähigkeit zur Verteidigung so weit vorn wie möglich zu erzielen. Die Qualität der Reserven wird ebenfalls erhöht und ihre Fähigkeit zur raschen Mobilmachung gesteigert. Der Bereitstellung von Verstärkung für die Flanken und der Stärkung der dortigen Streitkräfte wird erneute Beachtung geschenkt.

Die konventionelle Schlagkraft der taktischen Luftstreitkräfte der NATO wird erhöht. Bestimmte zusätzliche nationale Verbände werden zusätzlich den obersten Befehlshabern der NATO unterstellt. Gewisse innerhalb dieser Kategorien zutreffende Maßnahmen zur Verbesserung der Leistungskraft der NATO-Streitkräfte wurden bereits gebilligt. Die Minister vereinbarten, daß die abgestimmte Durchführung dieser Maßnahmen und die Aufbringung der dazu erforderlichen zusätzlichen finanziellen Mittel Teil des NATO-Streitkräfteplans für 1969 bis 1973 bilden sollen, der im Januar 1969 vorgelegt werden wird. Sie erkannten darüber hinaus an, daß die Solidarität des Bündnisses gestärkt werden kann durch die Zusammenarbeit der Bündnispartner zur Erleichterung der Belastun-

gen, die eine Folge von Zahlungsbilanzdefiziten sind, die sich insbesondere aus militärischen Aufwendungen für die kollektive Verteidigung ergeben.

● Insbesondere haben die Aussichten auf ausgewogene gegenseitige Truppenverminderungen einen schweren Rückschlag erlitten. Nichtsdestoweniger setzen die Bündnispartner in engem Einvernehmen ihre Studien und Vorbereitungen für den Zeitpunkt fort, in dem die Atmosphäre für fruchtbare Diskussionen günstiger sein wird.

● In jedem Fall besteht das politische Ziel in Übereinstimmung mit den Wertbegriffen des Westens nach wie vor in der Herbeiführung gesicherter, friedlicher und für beide Seiten nutzbringender Beziehungen zwischen Ost und West. Die Bündnispartner sind entschlossen, dieses Ziel zu verfolgen, dabei aber zu berücksichtigen, daß die Suche nach Entspannung das Bündnis nicht spalten darf. Der Wunsch nach Frieden verlangt Fortschritte auf den entscheidenden Gebieten der Abrüstung und der Rüstungskontrolle, die mit der Sicherheit des Westens in Einklang stehen, er macht weitere Bemühungen um die Lösung der grundlegenden Fragen, die Ost und West trennen, notwendig.

● Die Nordatlantische Allianz ist auch in Zukunft der unerläßliche Garant der Sicherheit und die wesentliche Grundlage für die europäische Versöhnung. Auf Grund ihrer Verfassung ist die Allianz von unbegrenzter Dauer. Die jüngsten Ereignisse haben erneut bewiesen, daß ihre weitere Existenz notwendiger denn je ist.

POLITISCHES LEXIKON

Währung: Das Wort hat sich aus dem mittelhochdeutschen „werunge“ entwickelt, was die Bedeutung hatte von Gewährleistung für Gewicht und Metallwert der Münzen. Unter dem Begriff Währung ist die institutionelle, das heißt gesetzmäßige Ordnung des nationalen Geldwesens zu verstehen. Dazu gehört nicht nur das Festlegen des Münzsystems, sondern auch seines Austauschverhältnisses (Parität) zu den Währungen anderer Länder. Bei der internationalen Verflechtung der nationalen Volkswirtschaften ist Währungspolitik von großer Bedeutung. Sie umfaßt sowohl die Stabilität der Kaufkraft im Lande selbst als auch das Ansehen, das die nationale Währung im Ausland genießt. Die Stabilität einer Währung hängt entscheidend ab vom Zusammenwirken aller Wirtschafts- und Finanzfaktoren.

Die Währungsstabilität der Bundesrepublik hält im Weltvergleich einen der ersten Plätze. Dazu hat nicht nur eine ausgewogene Preispolitik beigetragen. Die Haushaltspolitik von Bund, Ländern und Gemeinden, die Schritte zur Vermögensbildung auf breiter Basis und konjunkturelle Maßnahmen haben ebenfalls mitgewirkt, die Deutsche Mark zu einer international angesehenen Währung zu machen.

Deutsch-französisches Jugendwerk: Es gehört zu den erfolgreichsten durch den Freundschaftsvertrag vom 22. Januar 1963 zwischen der Bundesrepublik und Frankreich vereinbarten Gemeinschaftsaufgaben und hat dazu geführt, daß es auch mit anderen europäischen Staaten, beispielsweise mit England, zu Jugendaustauschprogrammen gekommen ist. Bei seiner Gründung vor nunmehr fünf Jahren wurde es als ein „Abkommen ohne Beispiel“ bezeichnet. Es heißt in diesem Abkommen unter Artikel 2: „Das Jugendwerk hat die Aufgabe, die Bande zwischen der Jugend der beiden Länder enger zu gestalten und ihr Verständnis füreinander zu vertiefen. Es hat hierzu die Jugendbegegnung und den Jugendaustausch anzuregen, zu fördern und, soweit notwendig, selbst durchzuführen.“

Von besonderer Breitenwirkung ist der Austausch berufstätiger Jugendlicher innerhalb gleicher Berufssparten gewesen, weil sich bei gemeinsamer Arbeit am schnellsten das gegenseitige Verständnis einstellt. In den vergangenen fünf Jahren trafen sich insgesamt etwa 100 000 junge Berufstätige beider Länder auf Tagungen und Seminaren. Auch der Schüler- und Studentenaustausch spielt im Gesamtprogramm des Jugendwerkes eine wichtige Rolle.

BRIEFE

Aus der Presse erfahre ich, daß durch den Abfall des französischen Franc auch die Agrarpolitik der EWG in Mitleidenschaft gezogen werden muß. Gibt es da keine Möglichkeit, endlich mit harter Faust die Belastungen von der deutschen Landwirtschaft hinwegzunehmen?

Edith W., Berlin

Antwort: Sie wissen, daß Bundesernährungsminister Höcherl alles daransetzt, eine Neuorientierung der EWG-Ausgleichszahlungen neu zu formulieren. In Erwartung der demnächst in Brüssel anstehenden „Preisrunde“ für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse beginnt in der Fachpresse die Diskussion für eine aktivere EWG-Preispolitik.

Die Unruhe, die in den Kommentaren zum Ausdruck kommt, ist nicht zuletzt auf die in Brüssel durchgeführte Absicht einzelner Kommissare zurückzuführen, die Agrarpreise bei Überschußproduktionen zu senken, um das Angebot entsprechend der Nachfrage wieder in den Griff zu bekommen.

Das „publizistische Sperrfeuer“ der landwirtschaftlichen Wochenendblätter in der Preispolitik richtet sich also in erster Linie gegen Brüssel. Ein weiteres „heißes Thema“ ist die in Stuttgart veröffentlichte „Struktur-Studie“ Landwirtschaftsminister Dr. Brünners für Baden-Württemberg. Dabei wird weniger der Inhalt bedauert als die Tatsache, daß dieses Papier zuerst der Öffentlichkeit übergeben und nicht zunächst im kleinen Kreis mit dem Berufsstand diskutiert wurde.

Des weiteren spielen in der Fachpresse immer noch die agrarpolitischen Perspektiven Bundeswirtschaftsminister Schillers eine Rolle. In diesem Zusammenhang wird eine ablehnende Entschließung des BDV-Präsidiums nachgedruckt und kommentiert. Schließlich wird in nahezu sämtlichen Wochenblättern die Berichterstattung über den Fortgang der parlamentarischen Beratungen über das CDU-Strukturfondsgesetz fortgeführt.

Aus den Vereinigungen

Junge Union fordert klare Politik

Die niedersächsischen JU-Landesverbände Hannover, Braunschweig und Oldenburg haben sich am 17. November in Braunschweig zu einem einheitlichen Landesverband zusammengeschlossen. Sie folgten damit dem Beispiel der drei CDU-Landesverbände Niedersachsens, die sich vor wenigen Monaten in Hannover fusioniert hatten.

Zum Landesvorsitzenden wurde mit überwältigender Mehrheit der bisherige Sprecher des Niedersachsenrates Rudolf Seiters gewählt; gleichberechtigte Stellvertreter wurden Dr. Niewerth (Oldenburg), Kuhlmann (Lüneburg) und Trouw (Hildesheim).

In seiner Rede bezeichnete es Seiters als eine wichtige Aufgabe der jungen Generation, das Ansehen der Parteien aufzuwerten; denn die Parteien seien das Lebenselement der Demokratie. Für die Zusammenarbeit mit der CDU kündigte der neue Landesvorsitzende eine verstärkte innerparteiliche Diskussion über die für die Zukunft anstehenden Sachfragen an. Ausdrücklich bekannte sich Seiters zur föderativen Struktur der Bundesrepublik. Es sei aber an der Zeit, erklärte er, ernsthaft zu überdenken, ob die Funktionsfähigkeit des föderativen Prinzips heute noch voll gewährleistet sei. Deshalb stelle eine Überarbeitung des Bund-Länderverhältnisses eine staatspolitische Aufgabe ersten Ranges dar.

Stark beschäftigte die Delegierten auch die Frage einer möglichen Kollisionsbildung nach der Bundestagswahl 1969. Hierzu vertrat Seiters die Auffassung, daß es allein darum gehen könne, welche Auswirkungen Koalitionen, zumal die Große Koalition, auf das Wesen der Demokratie hätten, und nicht, wie die CDU dabei gefahren sei.

Die Delegierten waren sich einig darüber, daß die Große Koalition zwar fair zu Ende geführt werden, im übrigen aber der kommende Wahlkampf auf die eindeutige Führung der CDU abgezielt werden müsse.

Auch Minister Hasselmann, der Landesvorsitzende der CDU in Niedersachsen, bekräftigte vor dem Niedersächsentag den Führungsanspruch der CDU für 1969. Der Jungen Union empfahl er im weiteren Zusammenhang, sich künftig aktiver mit den radikalen Strömungen unter unserer Jugend auseinanderzusetzen. Hier dürfe man das Feld nicht den anderen überlassen. Auf die Herabsetzung des Wahlalters eingehend, forderte Hasselmann die jungen christlichen Demokraten auf, dafür zu sorgen, daß diese neue Wählerschicht dann auch der CDU ihr Vertrauen schenke.

Scharf wandte sich der CDU-Landesvorsitzende gegen die Ausschreitungen der antiparlamentarischen Opposition (APO) in der letzten Zeit. Die CDU wolle Reformen, das Berliner Programm bezeuge das, sie erwarte aber, daß die demokratischen Spielregeln eingehalten würden.

Scharf wandte sich der CDU-Landesvorsitzende gegen die Ausschreitungen der antiparlamentarischen Opposition (APO) in der letzten Zeit. Die CDU wolle Reformen, das Berliner Programm bezeuge das, sie erwarte aber, daß die demokratischen Spielregeln eingehalten würden.

Gleichzeitig kritisierte Hasselmann die permanente öffentliche Auseinandersetzung über ein Verbot der NPD. Wenn die Gründe dafür ausreichen, solle man sie verbieten und nicht so viel darüber reden. Der Minister äußerte die Befürchtung, daß dabei eine ziemlich existente Gefährdung durch die extreme Linke völlig übersehen werde.

In den Entschließungen, die der Niedersächsentag verabschiedete, hatte die Kulturpolitik ein deutliches Übergewicht. Ausdrücklich begrüßt wurde der Beschluß des Berliner Parteitag, sich für die Bildung eines Bundesministeriums mit Rahmenkompetenzen für Ausbildung und Kultur einzusetzen.

An die CDU gerichtet ist die Forderung, ein ständiges Gremium für schul- und hochschulpolitische Fragen zu bilden, um einen entscheidenden Einfluß auf die Kulturpolitik des Landes Niedersachsen zu nehmen. Zur Arbeitsweise eines solchen Ausschusses hat die Junge Union ganz konkrete Vorstellungen, sie ist zur entsprechenden Mitarbeit bereit.

Die Deutschland- und Ostpolitik wird die niedersächsische Junge Union bis zum nächsten Landestag stärker beschäftigen. Die Ergebnisse sollen in Thesen zusammengefaßt und den Delegierten des Niedersächsentages 1969 zur abschließenden Beratung vorgelegt werden.

Ruf nach Verantwortung

Die Junge Union Deutschlands tritt nach den Worten ihres Bundesvorsitzenden Egon Klepsch, MdB, für eine Beendigung der Großen Koalition nach dem Wahlgang des Jahres 1969 ein. Dr. Klepsch erklärte dies vor dem Bezirkstag der Jungen Union in Koblenz.

Der jungen Generation komme eine besondere Verantwortung zu bei dieser Wahl, durch die Weichen für die Demokratie in Deutschland gestellt würden. Dr. Klepsch wies u. a. darauf hin, daß sich die Bundestagsfraktion der CDU/CSU um mehr als ein Drittel erneuern werde.

Eine ähnliche Meinung zur Großen Koalition in Bonn vertrat während des Bezirkstages der Jungen

Union Rheinhessen der Landesvorsitzende dieser Organisation in Rheinland-Pfalz, Dr. Gölter. Er konkretisierte in Mainz die Worte von Dr. Klepsch mit der These, die CDU solle sich für ein Zusammengehen mit der FDP offenhalten, wenn das Wahlergebnis 1969 nicht zwingend ein Weiterführen der Großen Koalition verlange.

Übereinstimmend begrüßten die Redner das Ergebnis des Berliner Bundesparteitages der CDU. Die Union habe dort gezeigt, daß sie zur Partei der Reformen werden könne, wenn sie nur ihre personelle Substanz nutze.

Die Junge Union Hessen verabschiedete in Petersberg/Krs. Fulda ihr Bildungsprogramm für 1969.

Das Bildungsprogramm umfaßt die Schwerpunkte Gesellschafts- und Außenpolitik, die Pressefreiheit, die Agrarreform, die Finanz- und Verwaltungsreform sowie die Regionalpolitik. Dr. Riesenhuber, Vorsitzender der JU Hessen, setzte sich für eine stärkere Präsenz der jungen Menschen in der CDU ein.

Hinweise und Termine

Der Bundespräsident

Das z. Z. meist diskutierte Thema in der deutschen Öffentlichkeit ist wohl die Nachfolge von Bundespräsident Heinrich Lübke.

Die Bundeszentrale für politische Bildung 53 Bonn, Berliner Freiheit 7, Referat I/3 hat eine Illustrierte über die beiden Bundespräsidenten Theodor Heuss und Heinrich Lübke mit Darstellungen zur Person und zum Amt des Bundespräsidenten in Grundgesetz und Verfassungswirklichkeit herausgegeben.

Diese Illustrierte, mit vielen Farbbildern versehen, ist kostenlos bei der o. g. Dienststelle zu erhalten.

Woche vom 24. 11. bis 30. 11. 1968

28.–30. 11.	KPV - Bund	Arbeitskreis der Großen Städte	Bremen
29. 11.	LV Bremen	Sitzung des Landesausschusses	Bremen
29. 11.	LV Hessen	Mittelstandsvereinigung	Frankfurt
30. 11.	KPV Hessen	Vertreterversammlung	Frankfurt
Vorschau Dezember 1968			
6. 12.	EAK - Bund	Bundesarbeitskreis	Bonn
6. 12.	EAK - Bund	Vorstand	Bonn
6./7. 12.	LV Württemberg-Hohenz.	CDA-Landestagung	Sigmaringen
7. 12.	KPV NRW	Hauptausschuß	Oberhausen
7. 12.	LV Nord-Württemberg	Landesparteitag	Stuttgart
7. 12.	LV Rheinl.-Pfalz	Landesparteitag	Mainz
13./14. 12.	CSU	Landestag	München
Januar 1969			
9. 1.	LV Westfalen	Westfälisch-Lippischer Mittelstandstag der CDU	Dortmund
17./18. 1.	CDU - Bund Frauenvereinigung	Bundesdelegierten-tagung	Bad Godesberg

Neue Strukturen

Neue Strukturen für Deutschland, Europa und die Welt zu schaffen, hält Bundesforschungsminister Dr. Stoltenberg für notwendig. Vor dem Evangelischen Arbeitskreis Ostwestfalen-Lippe der CDU in Bielefeld betonte der Minister, daß es in der Europapolitik darum gehe, die gegründeten Institutionen zu bewahren und schrittweise auszubauen. Eines der Ziele sei der Beitritt Großbritannien, das seit einiger Zeit folgerichtig seine Rolle in Europa suche. Im geteilten Deutschland könnten positive Veränderungen nur durch Änderungen in Europa eintreten.

Aus den Landesverbänden

Einheitsfront gegen Berliner Senator

Selten gab es eine so starke parlamentarische Einheitsfront gegen einen Berliner Senator wie kürzlich im Abgeordnetenhaus. Gegenstand war eine Große Anfrage der CDU-Opposition.

Sie wollte vom Senat wissen, ob es zutrefte, daß beim Amtsgerichtspräsidenten des Amtsgerichts Tiergarten über alle Verkehrsdelikte in Berlin eine Zentralkartei geführt werde, deren Eintragungen keiner Tilgungsfrist unterlägen. Weiter fragte die CDU, ob es zutrefte, daß diese Zentralkartei von den Verkehrsrichtern bei der Strafzumessung herangezogen werde und schließlich, ob der Berliner Senat der Auffassung sei, dieses Verfahren sei rechtlich zulässig.

Ergänzend muß gesagt werden, daß diese Kartei entsprechend einer bundeseinheitlichen Verwaltungsvorschrift besteht, jedoch neben dem Strafregister existiert. Während aber gerade das Strafregister nur Verbrechen und Vergehen erfaßt, nimmt die Zentralkartei in Berlin-Tiergarten sämtliche gerichtlichen Vorgänge auf, also auch Verfahren, die mit einem Freispruch enden. Aufgrund der in Berlin gemachten Erfahrungen besteht nun der begründete Verdacht, daß ein in der Kartei verzeichneter Name sich negativ auf die Urteilsfindung auswirken könnte.

So kam es, daß sich gegen den Berliner Justizsenator Hoppe bald eine Einheitsfront von Abgeordneten zusammenfand, die den Senator schwer bedrängte. Völlig isoliert,

auch von den Abgeordneten der eigenen FDP-„Fraktion“, kämpfte Hoppe für dieses Register. Schließlich gäbe es für die Kartei die erwähnte Rechtsvorschrift, so daß der Senat kein Bedenken habe, auch zukünftig mit dieser Kartei arbeiten zu lassen.

Dem hielt der Fraktionsgeschäftsführer der CDU, Heinrich Lummer, entgegen, daß diese Kartei dazu angetan sei, die Rechtsungleichheit und damit die Rechtsunsicherheit zu fördern. Denn für die allgemeine Kriminalität sei nach Maßgabe des Straftilgungsgesetzes nach einer bestimmten Zeit eine Löschung der Strafe vorgesehen. Selbst die Flensburger Kartei sehe eine Löschung vor. Ganz anders verhalte es sich nun bei dem „fabelhaften Gewächs der Berliner Justiz“.

Lummer wies nach, daß der dort eingetragene Zeitgenosse zeitlebens seine Makel mit sich herumtragen müsse, seien sie auch noch so klein. Es sei auch nicht von der Hand zu weisen, daß diese Kartei sogar zur Versuchung für Richter und Sünder werde. Lummer erläuterte am konkreten Beispiel, daß seine Ausführungen nicht akademische Diskussion, sondern harte Wirklichkeit seien. Der CDU Berlin gehe es ausschließlich um ein Höchstmaß an Rechtssicherheit.

Negative Symbolfigur

Nachdem der Bremer Gewerkschaftsführer und frühere SPD-Fraktionsvorsitzende, Richard Boljahn, jahrelang im Zielfeuer der Kritik stand, schickt sich nun Wilhelm Blase, seines Zeichens sozialdemokratischer Bausenator an, die Rolle einer negativen Symbolfigur in der bremischen Politik zu übernehmen.

Schwarze Tage liegen hinter dem Senator. Selbst der Senat hat seine Baupläne hinsichtlich einer neuen Satellitenstadt nicht akzeptiert. Der Bericht des Rechnungshofes der Freien Hansestadt Bremen zur Haushaltsrechnung 1966 läßt kaum ein gutes Haar an der Bauverwaltung. Und soeben hat ein Landgerichts-urteil den CDU-Bürgerschaftsabgeordneten Filzen und Klein bestätigt, daß sie seinerzeit zurecht auf gewisse Machenschaften beim Bau bremischer Behördenhochhäuser hingewiesen hätten.

Folgender Sachverhalt liegt dem Urteil zugrunde. Der damalige Senator für das Bauwesen hatte den sogenannten „Mantelbau“ von der Bremer Hochbau GmbH zu einem Festpreis von über vier Millionen DM errichten lassen, ohne daß eine Ausschreibung erfolgte. Die Gesellschaft legte keine Kostenberechnungen vor, wie dies gesetzlich vorge-

schriften ist und der Senator unterließ es, dem Hochbauamt einen Kostenprüfauftrag zu erteilen. Ferner lag der im Festpreis enthaltene Grundstückspreis um 84 000 DM höher als die vor Vertragsabschluß getroffenen Feststellungen des Stadtplanungsamtes ergeben hatten. Außerdem war das Architektenhonorar beträchtlich überhöht.

In seinem Halbjahresbericht vom 31. Dezember 1965 beanstandete der Rechnungshof, daß ihm die zur Prüfung erforderlichen Unterlagen vom Senator für das Bauwesen nicht vorgelegt worden seien. Blase hatte zunächst erklärt, der „gesamte Vorgang“ sei verloren gegangen.

Nach energischem Eingreifen der CDU-Fraktion wurde die Bauakte allerdings „wiederentdeckt“. Das Urteil des Landgerichts bestätigt, daß die Baugesellschaft sich praktisch über 200 000 DM hat doppelt bezahlen lassen. Die entsprechenden Abmachungen fallen in die Zeit vor dem Amtsantritt des jetzigen Bausenators. Aber der Bericht des Rechnungshofes zu 1966 beanstandet nach wie vor die Praktiken der Bauverwaltung und die politische Verantwortung trägt der amtierende Senator, der sich immerhin seit dem Herbst 1963 in seinem Amte befindet.

Als „Krähwinkleien, um die viel zu viel Aufwand und Aufhebens gemacht worden ist“, bezeichnete der hessische CDU-Landesvorsitzende Dr. Dregger, MdL, das von der Landesregierung vorgelegte **Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit**. Zwar sei auch die CDU für den freiwilligen Zusammenschluß von Gemeinden, gehe dabei aber von anderen Dimensionen aus, sagte Dr. Dregger.

*

Auf dem Parteitag des CDU-Landesverbandes **Braunschweig**, der am 29. November in Salzdahlum (Kreis Wolfenbüttel) stattfindet, wird der Landtagsabgeordnete Dr. Otto Fricke nochmals für das Amt des Landesvorsitzenden kandidieren, das er seit 1952 ausübt. Außer der Vorstandswahl stehen die Verabschiedung einer neuen Satzung und ein Referat des Bundestagsabgeordneten Burgemeister über die Förderung der Zonenrandgebiete auf der Tagesordnung.

*

Zurückgewiesen hat die CDU in Baden-Württemberg eine Äußerung des Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion, Bühringer, der der CDU vorgeworfen hatte, sie habe noch keinen Beschluß in der **Wahlrechtsfrage** gefaßt. U. a., so wird erklärt, habe der nordwürttembergische CDU-Landesparteitag im Juli 1968 einem mehrheitsbildenden Wahlrecht seine Zustimmung gegeben, und zwar unabhängig von der Entscheidung des Bundes.

*

Eine Debatte über den Rechts- und Linksradikalismus hat die CDU-Fraktion im nordrhein-westfälischen Landtag gefordert. Sie verlangt von der Landesregierung, dem Parlament unverzüglich einen Bericht über die **Tätigkeit extremer politischer Gruppen** zu geben. Auch über extreme Organisationen der Gastarbeiter

IN KÜRZE

solle dabei gesprochen werden. „Das Thema ist wichtiger als die von Ministerpräsident Kühn angekündigte Mitbestimmungsdebatte des Landtages“, erklärte CDU-Fraktionschef Lenz. Nach den Tumulten beim Sieger NPD-Parteitag und dem Auftauchen des früheren KPD-Chefs Max Reimann sei es höchste Zeit, sich im Landtag über die Bekämpfung der extremen Parteien und Gruppen klarzuwerden.

*

Entsprechend der Neugliederung der Regierungsbezirke durch die Verwaltungsreform in Rheinland-Pfalz **will die CDU ihre Organisation ändern**. Der Bezirksausschuß Koblenz hat beschlossen, so schnell wie möglich die CDU-Bezirke Koblenz und Montabaur zusammenzulegen, um schon für die Wahlen im kommenden Jahr eine ein-stärkige organisatorische Einheit zur Verfügung zu haben. Die Gründungsversammlung des neuen Bezirks ist für den 25. Januar 1969 vorgesehen.

*

Gleiches Recht für alle Schüler bis zur Vollendung des vierzehnten Lebensjahres verlangt die CDU-Fraktion des nordrhein-westfälischen Landtags. Sie beantragte beim Landtag, für alle „Pflichtschüler“ künftig die **Fahrtkosten zur Schule** dem Staat zu übertragen. Die Fraktion hält es nicht länger für vertretbar, daß nur den Grund-, Haupt- und Sonderschülern ihre Fahrtkosten ersetzt werden, während die gleichaltrigen Realschüler und Gymnasiasten leer ausgehen. Die Mehrausgaben von 30 Millionen Mark sollen aus den Mehreinnahmen der Steuern finanziert werden.

Günstige Zwischenbilanz

Das von der CDU in Rheinland-Pfalz befürwortete und von der Landesregierung durchgeführte Sonderprogramm zur Behebung des Lehrermangels hat sich als erfolgreich erwiesen: 169 „berufsfremde“ Lehrkräfte konnten gewonnen werden.

Dies weist eine Zwischenbilanz aus, die von der CDU soeben veröffentlicht wurde. Die genannten 169 Lehrkräfte haben ihren Dienst an den höheren Schulen des Landes bereits aufgenommen oder fest zugesagt, dort tätig zu werden. Es handelt sich dabei im einzelnen um hochqualifizierte Kräfte aus der Wirtschaft, um Inhaber akademischer Grade, um Realschullehrer, Volksschullehrer, Geistliche, Diplomchemiker, Diplombiologen, Physiker, Geologen und Dolmetscher. Auch Gymnasiallehrerinnen, Hauswirtschaftslehrerinnen und Textildesignerinnen oder Studenten haben sich zur Verfügung gestellt.

63 der neuen Pädagogen haben sich zum hauptamtlichen Dienst verpflichtet, 106 nebenberuflich. Die Gesamtzahl der so gewonnenen Schultunden beträgt 2371.

In diesem Zusammenhang ist auch ein Blick auf die Kosten von Interesse, die im nun ablaufenden Jahr (ohne Ausgaben für Baumaßnahmen) für die einzelnen Schularten in Rheinland-Pfalz aufgewendet worden sind: Mit 261,4 Millionen DM liegen die Volks- und Sonderschulen vor den Gymnasien (97,4 Millionen DM), der Universität (48,8 Millionen DM), den Realschulen (23,9 Millionen DM) und den Pädagogischen Hochschulen (10,6 Millionen DM) weit an der Spitze.

Schlüsselt man diese absoluten Zahlen nach den Prozentsätzen auf, die bei den Landeszuschüssen jeweils Schüler und Studenten erreichen, wird folgendes Bild erkennbar:

1968 werden für jeden Schüler an Volks- oder Sonderschulen 633 DM an Landesmitteln ausgegeben. Der „durchschnittliche“ Realschüler erfordert 912 DM, der Gymnasiast 1133 DM. Je Student an den Pädagogischen Hochschulen fielen 3136 DM an, je Student an der Universität in Mainz dagegen 5469 DM – wobei die Ausgaben für die Universitätsklinik nicht berücksichtigt sind.

Informationen

Ob braun, ob rot...

Pankow hat die Lüge in die Welt gesetzt und diejenigen, die sich Denken und Informieren vom Osten abnehmen lassen, haben sie weiterverbreitet: die Lüge, daß die CDU gemeinsame Sache mit der NPD treibe.

Man könnte über diese Unterstellung mitteilend lächeln, wüßte man nicht, daß solche marktweberhaft weiterverbreitete Propaganda auch manchen Gutgläubigen unsicher machen kann. So haben seinerzeit die sehr bedauerlichen Wahlabsprachen der örtlichen CDU mit der NPD in zwei niedersächsischen Gemeinden in der Presse Schlagzeilen gemacht. Der Beschluß des Berliner Parteitages gegen jegliche Zusammenarbeit mit den Radikalen von rechts oder links fand indessen recht geringe Beachtung, und im Osten wurde er natürlich völlig unterschlagen.

Die Haltung der Union ist eindeutig: Jede Zusammenarbeit mit Organisationen wie der NPD und DFU wird mit der härtesten Strafe bedroht, die von der Partei verhängt werden kann: mit dem Parteiausschluß.

In der vom Berliner Parteitag einstimmig angenommenen Entschließung steht klipp und klar: „Jegliche Koalitionen und Wahlabsprachen mit extremen Parteien, wie NPD oder DFU, sind unbeschadet der Frage nach deren Verbot durch das Bundesverfassungsgericht parteischädigend und haben ein Ausschlußverfahren aus der CDU zur Folge“.

Dadurch dürfte ein für allemal Klarheit geschaffen sein. Wer jetzt der CDU noch heimliche Sympathien für die NPD nachsagt, der lügt.

Die CDU lehnt jeden Radikalismus, ganz gleich von welcher Seite, kompromißlos ab; sie macht also keinen Unterschied zwischen denen, die hinter einer bräunlichen Fahne herlaufen, und jenen, die auf die rote Fahne schwören. Einen „Edel-Radikalismus“ gibt es nicht!

Wir alle wissen, welch unermeßliches Unglück der Radikalismus von

rechts vor nicht allzu langer Zeit über unser ganzes Volk brachte. Wir wissen aber auch, welch Unrecht und Not der Totalitarismus von links im anderen Teil unseres Vaterlandes anrichtet. Es besteht für uns kein Grund, leichtsinnig den Kopf in die Schlinge zu legen in der naiven Hoffnung, daß die Linksradikalen die Schlinge nicht zuziehen werden.

Die CDU hat die politischen Realitäten in Deutschland und der übrigen Welt im Auge gehabt, als sie sich mit harten Worten von den Radikalen in beiden Lagern distanzierte. Das Beispiel der CDU sollte Schule machen!

DGB zu voreilig

Fast unbemerkt von der Öffentlichkeit kursiert eine Gewerkschaftsstudie mit der Aufschrift „Streng geheim“ innerhalb der SPD. Verfasser der Denkschrift ist der Münchener Wenzl Bredl, Vorstandsvorsitzender der Landesversicherungsanstalt Oberbayern und Mitglied der SPD.

Wenzl Bredl beobachtet darin eine seit einem Jahrzehnt anhaltende Krise der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Schon heute müsse die Gewerkschaft einen ungewöhnlich hohen Prozentsatz ihres Beitragsaufkommens für die Kosten der Verwaltung aufbringen. Die Beitragseinnahmen stagnierten. Für einen Streik hätten die Gewerkschaften immer weniger Mittel zur Verfügung, was in wachsendem Maße härtere Fronten bei den Arbeitgebern bewirke.

Die Mitgliederzahlen und Beitrags-einnahmen bei der Gewerkschaft seien nach der Studie ebenfalls nicht gewachsen, obgleich in der fraglichen Zeit die Löhne nominell verdreifacht und real verdoppelt worden seien, die Fünf-Tage-Woche ein-

geführt und der Urlaub verlängert worden sei.

Nicht ohne Resignation räumt Bredl weiter ein, daß die Leistungen der Gewerkschaft von keiner Seite richtig anerkannt würden, weder vom Staat noch von den Parteien noch von den Arbeitnehmern. Die Gewerkschaften hätten trotz aller Erfolge die sonderbare Moral der Arbeitnehmermehrheit und das Image der Gewerkschaften nicht wesentlich verbessern können.

Den Arbeitnehmern bescheinigt die bayerische Geheimstudie überdies „bedenkliche Moral und unverständliche Interessenlosigkeit hinsichtlich der Wahrung ihrer sozialen Belange“. Als einzigen Ausweg aus der Gewerkschaftskrise empfiehlt Bredl eine Änderung der Organisationsform analog zum österreichischen Beispiel: Die Errichtung von Arbeitnehmerkammern. Sie sollten über die Lohnsteuer und den Sozialversicherungsbeiträgen erhoben werden, was nichts anders bedeuten würde, als daß nicht mehr nur das DGB-Mitglied, sondern automatisch jeder Arbeitnehmer den Gewerkschaften Tribut entrichten müßte.

Stichwort zum Wochenende

Wochenlang ist mit einer Aufwertung der D-Mark spekuliert worden. Insbesondere in den letzten Tagen jagte ein Gerücht das andere. Die sonst so seriöse britische Londoner „Times“ nannte sogar schon den genauen Termin der Aufwertung. Die Krise des französischen Franc hatte die Spekulationen auf einen Höhepunkt getrieben.

In dieser Situation hat die Bundesregierung nunmehr Klarheit geschaffen. Nach ernsthafter Prüfung hat sie beschlossen, sich keinem Druck zu beugen und die D-Mark nicht aufzuwerten. An diesem Nein sollte nun nicht mehr gedeutet werden. Die Unsicherheit, die in erster Linie durch die nicht abbreißende Kette von Gerüchten ausgelöst worden ist, muß endlich ein Ende haben.

Eine Aufwertung würde allein dem Bund drei Milliarden DM kosten; Landwirtschaft und die exportorientierten Sektoren der Wirtschaft hätten weitere schwere Einbußen zu erwarten. Schließlich muß abgewartet werden, welche Außenhandelspolitik die Regierung Nixon betreiben wird.

Die Bundesregierung ist bereit, nach Kräften daran mitzuarbeiten, daß sich die allgemeine Währungslage in Europa wieder beruhigt. Die angekündigten steuerlichen Sofortmaßnahmen auf dem Gebiet der Einfuhr und der Ausfuhr werden die Preisstabilität in unserem Land absichern. Sie werden aber auch ein wesentlicher Beitrag dazu sein, die internationale Lage zu entkrampfen.

...Aufgelesen...Aufgelesen...

„England mit seinen Sozialexperimenten und seinen völlig überalterten Produktionsmethoden ist selbst schuld, wenn es nicht mehr der große Gläubiger eines Kolonialweltreiches ist, sondern sich jetzt im Wettbewerb mit anderen europäischen Industrienationen schwer tut. Und mit dem Frankreich de Gaulles braucht man keinerlei Mitleid zu haben, wenn es jetzt den Größenwahn, eine eigene Atommacht aufzubauen und sich jeder supranationalen Zusammenarbeit zu entziehen, teuer bezahlen muß.“

Wir Deutschen zahlen in die Brüsseler Fonds schon genug, um die völlig veraltete und seit Jahrzehnten vernachlässigte französische Landwirtschaft am Leben zu erhalten. Wir zahlen praktisch Herrn de Gaulle seine immensen Kindergeldzuschüsse, mit denen er um des nationalen Prestiges willen die Be-

völkerungszahl seines Landes erhöht hat.

Und wir sind nicht einmal erstaunt, wenn gestern de Gaulles treuester Paladin, Couve de Murville, die internationale Hilfe für den notleidenden Franc geradezu als selbstverständlich empfand und noch ausdrücklich betonte, daß sie „ohne Vorbehalte“ erfolge, wobei er noch hinzufügte, daß keineswegs seine Regierung, sondern das „veraltete internationale Währungssystem“ schuld an der Krise sei.“

„Wiesbadener Kurier“, 19. 11. 68

„Überhaupt treten die Beamten von Post und Bahn, hört man die Gewerkschaftler, in diesem Streitfall nicht so sehr als Beamte, das heißt als Gruppe mit unveräußerlichen Merkmalen, auf, sondern als gewöhnliche Arbeitnehmer. Das ist

nicht das erste Mal so, und das Argument „Die anderen haben doch auch“ ist schon oft angeklungen.

Die Beamten können darauf verweisen, daß die Angestellten und Arbeiter im öffentlichen Dienst das gewünschte Weihnachtsgeld erhalten, sie können sich auch sonst mit diesen Gruppen unentwegt vergleichen. Um ihre Interessen, um ihre zugegebenermaßen berechtigten Interessen, kämpfen sie sowieso nach Möglichkeit im besten Angestelltenstil. Das sei ihnen unbenommen, doch verflüchtigt sich auf diese Weise langsam, aber sicher jeder Grund, in den Beamten eine besondere Art von Berufstätigen zu sehen.

In diesen Tagen bestätigt sich einmal wieder die Erfahrung, daß die Beamten vor dem 65. Lebensjahr in sehr vielen Dingen wie Angestellte behandelt werden wollen, die Angestellten hingegen nach dem 65. Lebensjahr — und hierauf läuft die ganze Entwicklung der Altersvorsorge hinaus — wie Beamte.“

„Süddeutsche Zeitung“, 19. 11. 68